

Krankenkassen droht Defizit durch Asylbewerber

Es wird teurer

Von Dirk Meyer

Gut gemeint wird teuer. Allein die Gesundheitskosten werden ab 2017 mit zusätzlich 3,4 Milliarden Euro prognostiziert. Die einen loben das Konjunkturprogramm, die anderen sorgen sich um die Finanzierung. 1,5 Millionen Flüchtlinge stoßen auf ein Gesundheitswesen, das jetzt schon überlastet ist. Ärzte sind knapp. Das deshalb relativ starre Angebot – leider reichen die syrischen Ärzte nicht aus – stärkt die Verhandlungsmacht von Ärzten, erhöht den Druck auf Krankenhäuser und verlängert die Wartezeiten für den Patienten.

Wer die Lasten tragen muß, hängt von der Finanzierung der Zusatzkosten ab: Eine Erhöhung der Einkommenssteuer belastet die Leistungsschaffenden progressiv. Einkommensabhängige Zusatzbeiträge zur Krankenversicherung treffen vorrangig pflichtversicherte Arbeitnehmer und besteuern aufgrund der Beitragsbemessungsgrenze besonders untere Gehälter. Die Rückkehr zur paritätischen GKV-Finanzierung würde über die Arbeitgeberbeiträge die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen mindern. Transparent wäre ein Flüchtlingssoli, der die finanziellen Lasten unserer Kanzlerinnen-Politik offenlegen würde. Mit dem Geld könnte man in jordanischen Flüchtlingslagern bedeutend mehr bewirken.

Prof. Dr. Dirk Meyer lehrt Ordnungsökonomik an der Helmut-Schmidt-Universität der Bundeswehr Hamburg.

„Brexit“-Duell der Parteifreunde in London

David gegen Boris

Von Kurt Zach

Wäre da nicht die Asylkrise, David Cameron könnte ganz zufrieden sein mit den Vorbehaltsrechten, die er den Eurokraten abgerungen hat. In normalen Zeiten hätte der Premier damit wohl auch eine Mehrheit der Briten zu einem „Ja“ zur weiteren EU-Mitgliedschaft bewegen können, selbst wenn angesichts der zahlreichen Begrenzungen bei Lichte betrachtet wenig Substanz übrigbleibt.

Aber auch im Vereinigten Königreich wird die EU-Debatte längst als Einwanderungsdebatte geführt. Camerons Verhandlungserfolge in Sekundärfragen werden kaum reichen, Skeptiker vom Verbleib in einer vom deutschen Sonderweg geschwächten und zerrütteten EU zu überzeugen. Londons Bürgermeister Boris Johnson wittert das mit sicherem Instinkt und schlägt sich auf die „Brexit“-Seite, auf der selbst einige Kabinettsmitglieder stehen – über so viel Demokratie und Meinungsfreiheit in einer Regierungspartei staunt der deutsche Beobachter nur.

Mit dem wahrscheinlicher werdenden Austritt der Briten wird es für Deutschland noch einsamer im EU-Zirkus. Großbritanniens antibürokratische und antizentralistische Stimme der Vernunft wird fehlen. Die Briten selbst würden allen Unkenrufen zum Trotz ohne EU kaum schlechter fahren. Warum nicht die einst von ihnen gegründete Freihandelszone Efta wiederbeleben? Der Brüsseler Superstaatswahn ist nicht alternativlos.

Eskalation in der Türkei

Auf schmalen Grat

Von Marc Zoellner

Zwei Bombenanschläge erschütterten vergangene Woche das Herz der Türkei. Im Südosten des Landes herrschen teilweise bürgerkriegsähnliche Zustände. Und im angrenzenden Armenien stockt Rußland seine Truppenpräsenz auf. Angesichts dessen verwundert es nicht, daß Ankara immer deutlicher nach dem Beistand Washingtons ruft.

Die Türkei mag kein Stück Europa sein. Sie ist jedoch integraler Bestandteil des transatlantischen Bündnisses, dem sie zu Zeiten des Kalten Kriegs als Speerspitze gegen die Diktaturen des kommunistischen Ostblocks diente; heute wiederum als Prellbock gegen den Terror islamistischer Milizen im Nahen Osten. Es sind historische wie tagesaktuelle Gründe, welche die Nato dazu verpflichten, dem Partner in Zeiten akuter Bedrohung seiner Souveränität sowie der inneren Sicherheit Unterstützung zu gewähren.

Doch auch Ankara sollte den Bogen dabei nicht überspannen. Das gilt im besonderen, wenn die von Rußland und den Amerikanern ausgehandelte Waffenruhe tatsächlich ab dem Wochenende in Kraft treten sollte. Neben der Türkei sind ebenso die syrischen und irakischen Kurden zum wichtigen Verbündeten des Westens in der Levante avanciert. Die syrischen Kurden wiederum wären gut beraten, ihr Verhältnis zu innertürkischen Extremistengruppen wie der PKK zu klären und sich gegebenenfalls von diesen zu trennen.



Gipfelstürmer Cameron: „Hey, denen hab' ich es aber gezeigt ...!“

Auf die Dosis kommt's an

Dialektik des Erfolgs: Die Chancen für die AfD sind glänzend – doch auch gefährlich

Wenn die Götter verderben wollen, dem erfüllen sie seine Wünsche. Was gibt es Schöneres, als für ein neues Anliegen rasch große Anhängerschaft zu finden, für eine neue Partei schnell viele Mitglieder, dann große Aufmerksamkeit der Medien – und anschließend noch weit um sich greifende Solidarisierung, wenn man unfair behandelt wird. Doch Anhängerschaft kann auch auf Mißverständnissen beruhen, Mitgliedschaft auf Karrierehoffnungen. Und für mediales Aufsehen hat schon mancher mit der Schädigung seines Rufes bezahlt. Dann kann aus einer politischen Thermik, die nach oben trug, ein Luftloch werden, in dem man abstürzt.

Durch solche Turbulenzen kämpft sich derzeit die AfD. Mühsam versucht sie, einen Trennstrich nach ganz rechts nicht nur zu ziehen, sondern auch glaubhaft zu machen. In innerparteilichen Kämpfen Unterlegene reden sie schadenfroh herunter. Die Konkurrenz findet immer wieder verwundbare Mandatsträger – oder wenigstens schwache Passagen in deren Reden. Und in Talkshows oder Interviews packt manchen Journalisten die Jagdlust nach dem verfänglichen Begriff, dem skandalisierbaren Satz. Schießt die Jagdgesellschaft zu erfolgsgewiß, dann solidarisiert sich zwar mancher Treiber mit dem wunden Wild. Doch bisweilen wird politischer Blutverlust zu stark.

Allerdings wächst manchmal das Rettende auch, wenn die Not am größten ist. Torheit der Konkurrenz spendet dann weitere Lebenskraft – etwa wenn unliebsame Spitzenkandidaten von Wahlkampfunden ausgeschlossen werden sollen oder wenn EU-Kommissare ein hypothetisches Eheband mit der AfD-Vorsitzenden durch Selbstmord auflösen wollen. Doch auf Stümpereien von Gegnern ist kein Verlaß. Gar nicht stümpferhaft ist es freilich, den Gegner umsichtig dorthin zu treiben, wo die Falle wartet. Die ist in Deutschland vom Typ „Radikalismus“ und steht seit langem rechts. Sogar der bis dahin untadelige Liberale Bernd Lucke durfte als AfD-Gründer Erfahrungen mit der



VON WERNER PATZELT

»Manches Mitglied ist der gefundene Leckerbissen für die Freßfeinde der jungen Partei.«

Nazi-Riecherei und Ausschließleris der „Anständigen im Lande“ sammeln, die durchaus nicht vergnügungssteuerepflichtig waren. Am Ende machte er den ihn zermürbenden „Kampf gegen Rechts“ zur eigenen Sache und rettete sich in politische Harmlosigkeit. Petry, Gauland & Co. befinden sich aber weiterhin im Abnutzungskrieg. Er ist auch ungewissen Ausgangs, falls in den nächsten Wochen auf Mißverständnissen beruhen, Mitgliedschaft auf Karrierehoffnungen. Und für mediales Aufsehen hat schon mancher mit der Schädigung seines Rufes bezahlt. Dann kann aus einer politischen Thermik, die nach oben trug, ein Luftloch werden, in dem man abstürzt.

Bei solchen Auseinandersetzungen kann zum lähmenden Gift werden, was vorher Aufputzmittel war. Dies ist das Alternativen, das mit ihm einhergehende Radikale. Es kommt da ganz auf die Dosierung an. Der Parteiname ist in dieser Hinsicht genial. Alternativen schätzt nämlich nicht nur ein Dialektiker. Auch trägt eine Alternative „für“ etwas das Versprechen auf Synthese viel mehr in sich, als das eine Alternative „zu“ etwas, gar eine Antithese „gegen“ etwas, je leisten könnte. Und obwohl das, wozu eine Alternative geboten wurde, anfangs nur die riskante Politik der „Euro-Rettung“ war, lag in der Entwicklung eben doch, daß bald nach Alternativen zu allen etablierten Politikrezepten gesucht wurde. Rasch ging es dabei in jene Tiefenschichten deutscher Selbstverständlichkeiten, die zu berühren Verwegenheit oder Naivität erfordert. Ob „aus Mitleid wissend“ oder als „reiner Tor“: Einen schweren Weg geht hierzulande, wer die Familie wieder in den Mittelpunkt der Politik rücken möchte; wer Nachwuchs nicht nur der Einwanderung verdanken, sondern auch selbst zeugen oder gebären will; wer deutsche

Kultur nicht als Gruselkabinett, deutsche Geschichte nicht als Lehrbuchsammlung des schlicht zu Vermeidenden versteht; und wen die Rede von deutschen Interessen nicht pflichtschuldig verstört.

Allerdings zieht eine Alternative auch merkwürdige Leute an. Zum Alternativen mag werden, wer es nicht gemocht oder geschafft hat, sich den Normalen beizugesellen. Zu ihm kann werden, wem „die ganze Richtung nicht paßt“ – weshalb er sich bei jenen eingefunden hat, die doch nur Abirrungen auf einem in die durchaus gewünschte Richtung gehenden Weg beenden wollen. Zum Alternativen kann werden, wer die Pose der Revolte liebt, es aber nur zum Habitus des Quertreibers gebracht hat. Zu ihm kann werden, wem die Lust am Maß vergangen ist, weshalb er nun einen Resonanzboden für selbstbezaubernde Zumutungen sucht. Und zum Alternativen kann werden, wer in so einem Soziotop nicht länger als merkwürdig, sondern endlich als passabel gilt.

Derlei Leute sind der AfD reichlich zugefallen. Den guten Willen derer, die tüchtige Mitstreiter suchten, beuten manche aus. Sie sind gern gefundene Leckerbissen für die Freßfeinde der AfD. Erst stellt man sie als typisch für die unliebsame Konkurrenz heraus. Das kann helfen, diesen Neubeginn unterwandern zu lassen. Vielleicht ist diese Protestpartei dann ohnehin schon so schlimm geworden, wie man sie gern hinstellte. Später greift man solche U-Boote an und zwingt redliche Parteiführer zum Feuerschutz. Der macht sie dann selbst angreifbar, so daß man auch sie zielsicher angehen kann. Am Ende vergeht die Alternative.

Dann aber stockt auch der dialektische Prozeß hin zum Besseren, verharrt alles in konservativer Affirmation. Wie schön für das Establishment – und wie schlecht für politisches Lernen, das doch der Alternative bedarf.

Prof. Dr. Werner Patzelt lehrt Politikwissenschaften an der Technischen Universität Dresden. Er ist zudem Mitglied im Kuratorium der Sächsischen Landeszentrale für politische Bildung.

Zitate

„Ich konsumiere seit drei Monaten keine Nachrichten mehr. Und es geht mir gut dabei! Unterhält man sich mit Deutschen, die ein paar Jahre im Ausland gelebt haben und wieder zurückkommen, sagen im Prinzip alle das gleiche: 'Eigentlich hat sich wenig verändert. Seit 30 Jahren ist es fünf vor zwölf, irgendwas kann nicht entschieden werden, weil irgendwo Landtagswahlen sind, und Howard Carpendale ist immer noch auf Abschiedstour.'“

Vince Ebert, Wissenschaftskabarettist, im „Focus“ vom 20. Februar 2016

„Demokratie, das ist der Austausch von Argumenten, Meinungen und Positionen, der im Idealfall nach These und Antithese zu einer Synthese führt. Soweit die schöne Theorie. In der Praxis nimmt die Demokratie in Deutschland derzeit in weiten Teilen eher eine Auszeit. Während 81 Prozent der Befragten laut ARD-Deutschlandtend der Ansicht sind, die Bundesregierung habe die Situation nicht im Griff, kann sich die Kanzlerin (...) in der Flüchtlingspolitik auf eine nahezu hundertprozentige Zustimmung der Parlamente verlassen (...). Unabhängig von der Gretchenfrage dieses Jahrzehnts, wie das Flüchtlingsproblem zu lösen ist: eine solche in der Geschichte der Bundesrepublik einmalige Schere zwischen den Zweifeln des Volkes und dem Selbstvertrauen seiner Politiker schadet der Demokratie. Wenn sich dieses verbreitete Unbehagen zum Teil in der AfD artikuliert, ist das schon aus hygienischen Gründen zu begrüßen. Da wo eine Stimmung greifbar wird, kann man sie auch aufgreifen, angreifen und sich auf jeden Fall mit ihr auseinandersetzen. Dafür sind Parlamente nämlich da.“

Ingo Berghöfer, Redakteur, im „Gießener Anzeiger“ vom 20. Februar 2016

„Kampf gegen Rechts“ ist eine Leerformel, mit der man dem eigenen Realitätsverlust eine moralisch-politische Note geben kann.“

Norbert Bolz, Mediawissenschaftler, bei „Twitter“ am 22. Februar 2016

„Wir brauchen ein Zuwanderungsgesetz. Natürlich ist das in gewisser Weise ein Diskriminierungsgesetz. Jedes Land der Welt wählt an der Grenze zwischen denen, die es braucht, und denen, die es nicht braucht. Und wenn man diejenigen hereinläßt, die man braucht, kann man Zuwanderung einen durchaus positiven Einfluß haben. (...) Es macht keinen Sinn, wenn Deutschland weiterhin ständig einen Knicks vor der eigenen Geschichte macht und in Gefühlsduseleien versinkt. Wir sollten rationaler agieren und uns dennoch unserer Geschichte bewußt sein.“

Bernd Raffelbüschen, Finanzwissenschaftler, bei „Focus Money“ am 22. Februar 2016

„Journalisten üben sich als Volkspädagogen. Solche Wellen entstehen zumeist, wenn das Thema moralisch aufgeladen ist. Wenn Journalisten fürchten, eine allzu differenzierte Berichterstattung könnte die Zuschauer auf falsche Gedanken bringen oder den falschen Kräften nutzen. Doch das Publikum bemerkt die Absicht. Der Drang, gute Gesinnung zu verbreiten und sich selbst bei den Guten einzureihen, ist allzu offensichtlich.“

Michael Miersch, Publizist, in „liberal“, Ausgabe 2/2016

Aufgeschnappt

Schutzraumverbannung

MATTHIAS BÄKERMANN

Köln gilt als deutsche Homohauptstadt. Neben vielerlei Szene-Einrichtungen darf in solch Dorado natürlich ein Treffpunkt für „LGBT-Migranten“ nicht fehlen. Der mit öffentlichen Mitteln protegierte „Rubicon e.V.“, Förderverein des Sozialwerks für Lesben und Schwule in NRW, betreibt deshalb seit 2005 das Baraka – a place for international gays, lesbians and friends. Doch seit kurzem sind die „sehr geehrten deutschen Freundinnen und Freunde“ nicht mehr dort gelitten, wie vergangene Woche ein Aushang kundtat. Wegen „angestiegener Besucher_innen-Zahlen bitten wir euch (...), uns

nicht mehr zu besuchen“, lautet die unmißverständliche Ausladung an der Eingangstür. Schließlich böte das Baraka jetzt „Schutzraum für Migranten“, um dort in „privater Atmosphäre“ über ihre Diskriminierungserfahrungen zu plaudern.

„Ich bin immer noch schockiert, wie ich hier als Deutscher eingeladen werde“, klagte ein langjähriger Besucher des interkulturellen Schwulentreffs. Das Homo-Netzportal queer titelte darauf Anfang der Woche sogar ganz reißerisch: „Migrantentreff schmeißt Deutsche raus“. So gänzlich ohne Migrationshintergrund bleibt den Verbannten nun nichts weiter übrig, als woanders ihre – vielleicht ganz neuen – Diskriminierungserfahrungen auszutauschen.

Bild der Woche

Volkswagen



Für Eingefleischte: Wie die Volkswagen AG jetzt bekanntgab, verkaufte sie vergangenes Jahr 7,2 Millionen Currywürste – und damit 1,38 Millionen mehr „C-Schläuche“ als Autos der Marke VW. So gesehen sind die Wolfsburger eigentlich ein Wurstkonzern mit angeschlossener Kfz-Fertigung. Ob da etwa auch beim Ketchup-Verbrauch geschummelt wurde?

Lesereinspruch

Ablenkung

Zu: „Angst vor der Ansteckung“ von Heiko Urbanzyk (JF 7/16)

Der lateinische „Virus“ ist ein „Gift“. Ebenso wie lebende Zika-Viren müssen meines Erachtens auch chemische Toxine als Ursache für die in Brasilien vermehrt auftretenden Fälle von Mikrozephalie in Betracht gezogen werden.

Verdächtig ist eine im Oktober 2014 eingeführte Impfung Schwangerer gegen Diphtherie, Tetanus und Keuchhusten (Tdap). Obwohl keine Humandaten zur Verwendung des Impfstoffs Boostrix von GlaxoSmithKline bei Schwangeren vorlagen, erfolgte eine Empfehlung durch das brasilianische Gesundheitsministerium. Dabei ist das in Boostrix zur Verstärkung der Immunreaktion enthaltene Aluminiumhydroxid ein bekanntes Nervengift, das die Entwicklung des

fötalen Gehirns schädigen kann. Ebenso steht das mit der Impfung verarbeitete Pertussis-Toxin im Verdacht, eine Abstoßungsreaktion gegen die ungeborene Frucht auszulösen. In der Fokussierung auf ein möglicherweise durch Mücken übertragbares Zika-Virus erkennt man die Ablenkung und Vertuschung von Impfschäden.

EGBERT KRAUSE, BURGSTÄDT



Ihre Leserbriefe senden Sie an:
JUNGE FREIHEIT Leserforum
Hohenzollerndamm 27 a,
10713 Berlin
E-Mail: leserbriefe@jungefreiheit.de
Fax: 030/8649 53-14